



Überfall im Sudan – Stellungnahme der Vereinigten Staaten und Jordaniens zur GV

10 UN-Soldaten hingerichtet

Befreiungsversuch nach Geiselnahme von Blauhelmen scheitert

Dramatische Ereignisse haben sich am gestrigen Tag im Südsudan abgespielt. Wie uns der UN-Pressesprecher Björn Oberhössel bestätigte überfielen gegen 9.20 Uhr Ortszeit Verbände der rebellischen Gruppierung SPLA (Südsudanische Volksbefreiungsbewegung) einen Konvoi der internationalen UN-Schutztruppe UNMIS (United Nations Mission in Sudan). Die Blauhelme wurden eingekesselt und zur Aufgabe gezwungen. Insgesamt 150 von ihnen gerieten in Gefangenschaft der Rebellen. Trotz der enormen Geschwindigkeit und Präzision, mit der die Rebellen vorgingen, gelang es den UN-Truppen rechtzeitig, einen Hilferuf abzuschicken.

Noch während der Sicherheitsrat sich der Geschehnisse zuwandte, überschlugen sich die Ereignisse: Das eigenmächtige Eingreifen eines Offiziers der sudanesischen Armee ließ die Lage eskalieren! Die mit den Rebellen verfeindete sudanesisch startete einen unautorisierten Befreiungsangriff. Dieser forderte auf beiden Seiten Todesopfer, brachte aber letztendlich keinen Erfolg. Die Geiseln befanden sich weiter in Gefangenschaft. Als Reaktion auf den Angriff der Armee exekutierte die SPLA zehn UN-Soldaten: Drei Russen, zwei Dänen, ein Spanier und vier Chinesen.

Als diese Nachricht gegen

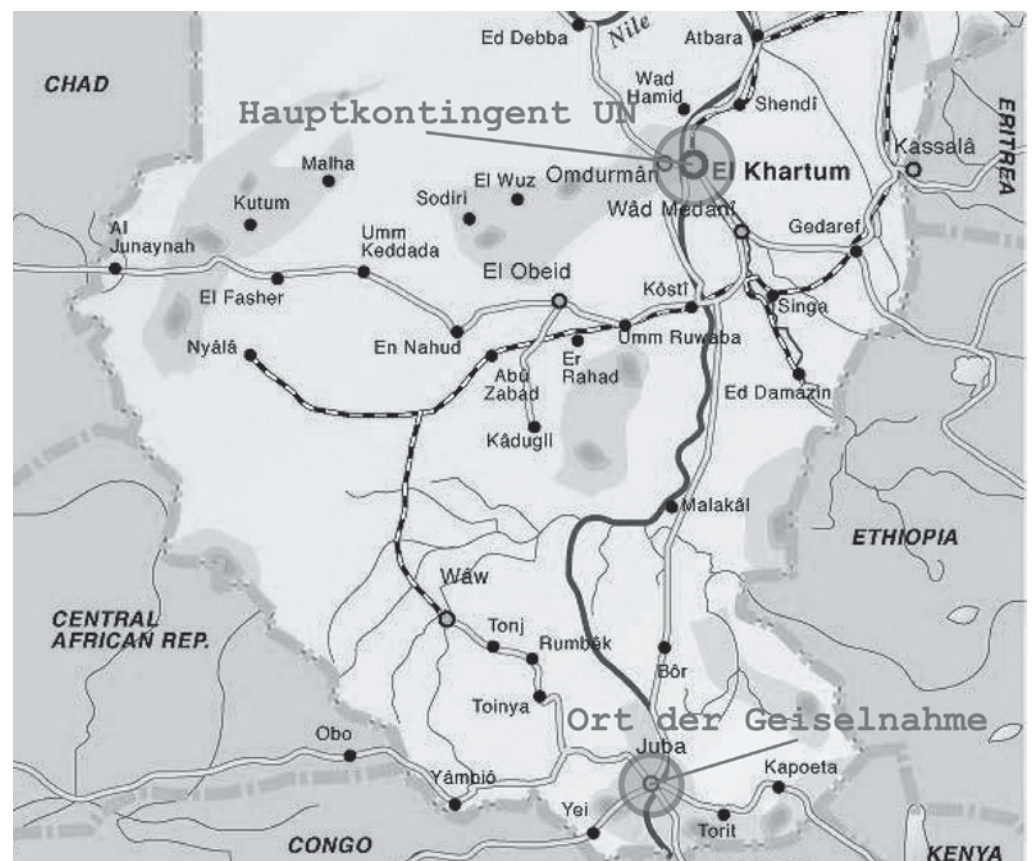
17.15 Uhr im Sicherheitsrat bekannt gemacht wurde, zeigten sich alle Ratsmitglieder tief betroffen. Der amerikanische Delegierte Tim Volkheimer beantragte eine Schweigeminute, die auf allgemeine Zustimmung traf. Der Sudan verurteilte die Vorgehensweise des Offiziers und kündigte Konsequenzen an. Gleichzeitig erbat der afrikanische Staat ein Eingreifen der Vereinten Nationen. Die Rebellen drohten am frühen Abend auf ihrer Webseite, weitere Blauhelm-Soldaten hinzurichten, sollte es zu

einem erneuten Eingreifen der sudanesischen Regierung kommen.

In seiner Resolution verurteilte der Sicherheitsrat „die Vorgehensweise der sudanesischen Rebellen“ und stellte gleichzeitig ein 36-stündiges Ultimatum zur Freilassung der Geiseln. Ferner wies der Sicherheitsrat die sudanesisch Regierung an, ihre Truppen aus der betroffenen Region in die Stadt Waw abzuführen. Gleichzeitig wurden weitere UN-Soldaten in das Krisengebiet entsandt. Die Vereinten Nationen bemüht

en sich weiterhin um eine diplomatische Lösung.

Der Bürgerkrieg wütet schon seit über 40 Jahren im Sudan. Am 9. Januar dieses Jahres konnte es jedoch zu einem historischen Friedensschluss zwischen der SPLA und der sudanesischen Regierung kommen. Zur Friedensüberwachung waren im März rund 2.000 UNMIS Soldaten entsandt worden, deren Mission sich nun noch gefährlicher erweist als bisher angenommen. (vl, hb)



Statement des Sicherheitsrates zur aktuellen Situation im Sudan

Auf Grund der jüngsten Ereignisse im Sudan hat der Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution verabschiedet, die mit sofortiger Wirkung die Vorgehensweise der südsudanesischen Rebellen verurteilt und die Freilassung der nun 140 gefangenen Blauhelmsol-

daten ultimativ fordert. Der Sicherheitsrat hat die sudanesische Regierung aufgefordert, seine Truppen aus der betroffenen Region bis zur Stadt Waw abzuziehen und entsendet im Land stationierte Blauhelmsoldaten in den Krisenherd, um eine Eskalation

zu vermeiden und versucht dabei trotzdem mit allen Mitteln eine diplomatische Lösung herbeizuführen. Dabei wird unterstrichen, dass der friedlichen Lösung höchste Priorität eingeräumt werden muss, um die Leben der Blauhelmsoldaten nicht weiter zu

gefährden. Die Entführung ist ein drastischer Verstoß gegen das zu Beginn des Jahres abgeschlossene Friedensabkommen, das nun stark gefährdet ist. Es gilt dies zu sichern, um den Frieden im Sudan zu gewährleisten.

Nichtbereitschaft blockiert Entscheidungsfindung

In der Generalversammlung haben sich zwei Lager gebildet, die sich jeweils gegenseitig in die Enge drängen. Die Delegierten beider Lager sind nicht in der Lage, Resolutionen zu verabschieden, da ihnen diplomatisches Ge-

schick fehlt. Doch klar ist: ein Konsens muss gefunden werden! Die Delegierte von Ruanda forderte dazu auf, andere Meinung zu akzeptieren und auf sachlicher Ebene zu argumentieren. Diese sei in letzter Zeit sehr häufig verlas-

sen worden und durch heftige Emotionen und deutlich gezeigtem Unverständnis, sowie dem Unwillen, Kompromisse zu schließen ersetzt worden. Diese Entwicklung verfolgen wir mit Bedauern und rufen die Delegierten der Vereinten

Nationen dazu auf, sich an die Eröffnungsrede des Generalsekretärs zu erinnern, der deutlich machte, dass die oberste Priorität bei fairen Verhandlungen im Wohle aller Menschen liegen sollte.

(sw, jab)